

Kantonsrat

KANTONSRATSPROTOKOLL

Sitzung vom 24. März 2025
Kantonsratspräsident Zehnder Ferdinand

A 259 Anfrage Sager Urban und Mit. über eine internationale Schule mit Standort Luzern / Bau-, Umwelt- und Wirtschaftsdepartement i. V. mit Bildungs- und Kulturdepartement

Urban Sager, vertreten durch Maria Pilotto, ist mit der Antwort des Regierungsrates nicht zufrieden und verlangt Diskussion.

Maria Pilotto: Die Regierung will Expat-Kinder in die Schweiz holen, so titelte die «Luzerner Zeitung» vor ein paar Tagen. Spontan kommt mir die Sage des Rattenfängers von Hameln in den Sinn. Der Rattenfänger hatte in der Geschichte die Aufgabe, das Städtchen Hameln von den Ratten zu befreien. Weil ihm die Stadt den Lohn verweigerte, nahm er sich als nächstes die Kinder. Eine unbeabsichtigte Folge also. Etwas ähnlich ungeplant kommt das Thema der internationalen Schule daher. Die Diskussion um die Förderung einer internationalen Schule wurde letzten Herbst mit der Debatte über den Aufgaben- und Finanzplan (AFP) lanciert. Eine solche Schule zu unterstützen wäre eine wichtige Massnahme in der Standortförderung, internationale Firmen bräuchten internationale Fachkräfte und deren Familien englische Schulen mit einem internationalen Curriculum. So die vorliegenden Puzzleteile, wenige Puzzleteile. Am 4. Februar 2024 wurde die vorliegende Antwort des Regierungsrates verabschiedet und sie enthält aus Sicht der SP-Fraktion nur unzureichende Informationen. Leider ist auch der bereits wenige Wochen später veröffentlichten Vernehmlassungsbotschaft über die Standortförderung nicht wirklich ein konkreter Plan zu entnehmen. Das ist sehr bedenklich angesichts eines Themas, das so stark mit verschiedenen Politikbereichen verbunden ist und bei dem es immerhin um Kinder im Primarschulalter geht. Für diese nebulöse Idee sind uns 1,5 Millionen Franken zu viel Geld. Aus Sicht der SP-Fraktion sind von der Förderung einer internationalen Schule das Bildungs- und Kulturdepartement (BKD) für die Bildung, das Gesundheits- und Sozialdepartement (GSD) für die Integration und die interkulturelle Vermittlung sowie das Bau-, Umwelt- und Wirtschaftsdepartement (BUWD) betroffen. Eine übergreifende Perspektive fehlt aber. Aus Sicht der Bildung soll für das Recht auf Schule und die Schulpflicht bei Expat-Familien ebenfalls so angewandt werden, wie für Luzerner Familien. Es ist deshalb irritierend, dass wir nicht wissen, ob nun 100 oder 120 Kinder die internationale Schule in Zug besuchen. Die Regierung scheint keine konkrete Idee zu haben, um wie viele Kinder es sich handelt oder handeln könnte. Die letzte Frage zeigt aus unserer Sicht, dass der Fokus auf der Zugänglichkeit der Volksschule liegen sollte, auch für Expat-Familien, die ja doch mehrere Jahre hierbleiben, gerade mit Kindern. Diese Frage ist unbefriedigend beantwortet. Wir haben eine qualitativ gute Bildungslandschaft, die auch für fremdsprachige Kinder zugänglich ist. Wir verlangen vom Kanton, dass er den

Schwerpunkt auf eine integrative Volksschule legt und allenfalls in weitere Brücken zu einem besseren Zugang investiert und dabei stets die Perspektive der Kinder im Blick haben soll. Der Bedarf der internationalen Schule erschliesst sich aus unserer Sicht auch mit der Anfrage nicht. Ebenso sehen wir nicht, dass bei einer solchen Förderung entsprechende Konsequenzen im Blick der Verwaltung sind. Gehen wir nochmals einen Schritt zurück und überlegen uns, ob es das wirklich braucht.

Roger Erni: Der Input der FDP-Fraktion in fünf Punkten: Erstens: Im Gegensatz zur SP sind es für uns gute, gültige Fragen mit informativen Antworten. Zweitens: 44 000 Schülerinnen und Schüler besuchen aktuell die öffentliche Regelschule. Hier sprechen wir von einer Kohorte von ungefähr 0,25 Prozent, die im Kanton Luzern eine internationale Schule besucht, die International School of Zug and Luzern. Dort sprechen wir von 3- bis 18-Jährigen. In der Antwort zu Frage 2 spricht die Regierung von 100 bis 120 Schülerinnen und Schülern, wahrscheinlich sind damit auch die 3- bis 18-Jährigen gemeint. Allenfalls könnten wir dazu noch eine präzisere Antwort erhalten. Drittens: Die Antwort zu Frage 5 ist für uns die Wichtigste. Das Fehlen einer internationalen Schule ist einer der grössten Standortnachteile im Wettbewerb um erfolgreiche Unternehmen. Viertens, eine aus unserer Sicht ganz wichtige Ergänzung: Es geht nicht nur um den Wettbewerb um erfolgreiche internationale Unternehmen, sondern es gibt auch einige Zentralschweizer Gross- und Weltunternehmen, die Personen aus dem Ausland anstellen und diesen den Zugang zu einer internationalen Schule bieten möchten. Fünftens, an die Regierung: Die Liberalen unterstützen die Stossrichtung des zweiten Satzes der Antwort zu Frage 5 voll und ganz, der lautet: «Im Interesse der Standortförderung werden deshalb aktuell auch Unterstützungsmöglichkeiten geprüft.»

Roman Bolliger: Die Grüne Fraktion hat zur Kenntnis genommen, dass der Regierungsrat das Fehlen einer internationalen Schule von Kindergarten bis High School als einen der grössten Standortnachteile im internationalen Wettbewerb ansieht und daher aktuell Unterstützungsmöglichkeiten geprüft werden. Aus unserer Sicht fehlt in dieser Logik allerdings die wichtigste Fragestellung: Was ist am besten für das Wohl der Kinder und den gesellschaftlichen Zusammenhalt in unserem Kanton? Wird geprüft, ob es für das Wohl der Kinder am besten ist, eine solche internationale Schule zu besuchen, mit allfälligen Vorteilen für den internationalen Austausch? Oder ob es für sie vielleicht am besten ist, eine Volksschule zu besuchen, weil sie so in Kontakt mit Luzerner Schulkindern kommen, sozial besser integriert sind und es ihnen dadurch besser geht? Wird das Potenzial geprüft, Kinder dabei zu unterstützen, rasch die Sprache zu lernen, sodass ihnen der Einstieg in die Volksschule vereinfacht wird? Ist sich der Regierungsrat der Relevanz bewusst, welche die Volksschule in diesem Zusammenhang für den gesellschaftlichen Zusammenhalt hat? Wir vermissen diesbezügliche Informationen in der Antwort des Regierungsrates.

Urs Christian Schumacher: Die SVP steht grundsätzlich zu den staatlichen Volksschulen. In einer eigenverantwortlichen und liberalen Gesellschaft soll es aber auch frei wählbare Alternativen geben. Mehr Wettbewerb und Konkurrenz können der Volksschule nur guttun. Viele Reformen wie altersdurchmisches Lernen, integrative Schule, digitales selbstgesteuertes Lernen, schwammig definierte Kompetenzen anstatt Kenntnisse und Wissen sind nicht für alle Kinder und Familien ideale Voraussetzungen für eine nachhaltige Bildung. Eine den individuellen Lern- und Lebensvoraussetzungen angepasste, vielseitige Bildungslandschaft mit alternativen Angeboten entspricht einer demokratischen, toleranten und pluralistischen Gesellschaft. Der Glaube, dass das derzeitige Schweizer Schulsystem die absolute Spitze sei, ist zu relativieren. Fakt ist, dass das Bildungsresultat was Lesen, Schreiben, Textverständnis und Rechnen betrifft gegenüber früher, vor der Einführung des Lehrplans 21,

markant gesunken ist. Auch wenn die Schweiz in der letzten Pisa-Studie noch über dem Durchschnitt der OECD-Länder lag, so verschlechterte sich die allgemeine schulische Leistung in allen Ländern gegenüber den früheren Jahren auch bei uns. Besonders alarmierend ist, dass ein Viertel der Grundschulabsolventinnen und -absolventen nicht mehr richtig lesen kann und ein ungenügendes Textverständnis hat. Vor diesem Hintergrund gibt es keinen Anlass, den gegenwärtigen staatlichen Bildungsvorgaben eine Monopolstellung zu geben. Somit ist auch die Verordnung, dass zur Erteilung einer Bewilligung für Privatschulen im Bereich der obligatorischen Schule ihr Lehrplan den kantonalen Vorgaben, sprich dem Lehrplan 21 entsprechen müsse, zu hinterfragen. Lernzielvorgaben würden genügen. Eltern, die ihre Kinder in Privatschulen schicken, bezahlen dafür viel Schulgeld, das ihnen die öffentliche Hand nicht rückvergütet, obwohl die öffentliche Hand an jedem Kind verdient, das privat beschult wird. Unter diesem Aspekt ist auch die Tatsache, dass Privatschulen öffentliche Schulinfrastrukturen wie Turnhallen nicht oder nur gegen Bezahlung nutzen dürfen, diskriminierend und nicht zu rechtfertigen, da ihre Eltern mit den Steuern die öffentliche Schulinfrastruktur ja mitfinanzieren. Wenn die Volksschule sich im Wettbewerb mit anderen Bildungsangeboten bessern muss, verbessert das die Qualität des gesamten Bildungssystems. Somit ist auch eine internationale Schule im Kanton Luzern nur zu begrüßen.

Simone Brunner: Es soll ein Standortnachteil sein, dass es im Kanton Luzern keine internationale Schule gibt. Wenn es tatsächlich ein Standortnachteil ist und die Firmen darunter leiden, sollen diese Unternehmen Geld in die Hand nehmen und eine internationale Schule aufbauen. Das wäre aus meiner Sicht ein legitimes Vorgehen. Die SP-Fraktion ist der Überzeugung, dass wir diese 1,5 Millionen Franken sehr gut für unser Schulsystem und unsere Volksschule nutzen können, mit dem Ziel, ein qualitativ hochwertiges, öffentliches Bildungssystem aufrechtzuerhalten und weiterzuentwickeln, von dem alle Schülerinnen und Schüler aus dem Kanton Luzern profitieren. Schaffen wir also nicht eine Privatschule für eine privilegierte Minderheit.

Helen Affentranger-Aregger: Die Fragen wurden durch den Regierungsrat nicht alle so ausführlich beantwortet, wie sich das der Vorstösser wohl gewünscht hätte. Die Kernaussage der Antworten lautet aber, dass es die Regierung wichtig findet, dass es im Kanton Luzern eine internationale Schule gibt. Man kann sich vorstellen, eine Neuansiedlung oder Ausbaupläne einer bereits ansässigen Schule finanziell zu unterstützen. Die Mitte-Fraktion findet das eine gute Idee. Familien, die alle zwei bis vier Jahre ihren Wohnort in ein anderes Land verlegen, sind darauf angewiesen, dass ihre Kinder an einer internationalen Schule unterrichtet werden. Das Vorhandensein einer solchen Schule wird beim Standortentscheid des Wohnorts ein wesentlicher Faktor sein. Es wäre doch nur sinnvoll, wenn Menschen die bei uns im Kanton Luzern arbeiten auch bei uns wohnen. Das Vorhandensein einer internationalen Schule, die alle Schulstufen abdeckt, wäre somit definitiv ein Standortvorteil für den Kanton Luzern. Allerdings sollten weiterhin Bemühungen unternommen werden, um den internationalen Firmen und deren Angestellten unser gutes und qualitativ hochstehendes Schulsystem zu erklären und dieses schmackhaft zu machen. Es wäre ein Mehrwert für alle, wenn Familien, die über einen langen Zeitraum hier sind, ihre Kinder in die Volksschule schicken. Aber letztendlich haben die Eltern unterschiedliche Bedürfnisse und machen sich ihre Überlegungen, was für sie am meisten stimmt. Es ist dabei aber wichtig, dass sie über alle wichtigen Informationen verfügen, um einen fundierten Entscheid treffen zu können. Zum Votum von Urs Christian Schumacher: Es geht hier nicht per se um Privatschulen und eine Konkurrenz zu unseren Volksschulen, sondern um eine internationale Schule für Kinder, die alle paar Jahr in einem anderen Land zur Schule gehen. Zu Simone Brunner: Es sind nicht die

Firmen, die darunter leiden, wenn es keine internationale Schule gibt im Kanton Luzern, sondern deren Angestellte wohnen vielleicht eher im Kanton Zug und arbeiten im Kanton Luzern. Wenn es in Luzern eine solche Schule gibt, wohnen sie auch hier.

Für den Regierungsrat spricht Bau-, Umwelt- und Wirtschaftsdirektor Fabian Peter.

Fabian Peter: Aktuell gibt es im Kanton Luzern keine internationale Schule, die alle Schulfächer gemäss einem internationalen Lehrplan unterrichtet. Das ist der Knackpunkt. Das Fehlen einer internationalen Schule ist ein Standortnachteil. Einerseits bei der Ansiedlung von Unternehmen, aber andererseits für deren Mitarbeitende, von denen wir möchten, dass sie im Kanton Luzern wohnen, Steuern bezahlen, sich hier wohlfühlen und im Sinn der Mobilität am selben Ort wohnen und arbeiten. Diese Mitarbeitenden wechseln ihre Funktion alle zwei bis drei Jahre, das ist auch in unseren internationalen Unternehmen so. Beispielsweise arbeiten bei der Firma Schindler viele Luzernerinnen und Luzerner auf verschiedensten Kontinenten. Diese Familien müssen sicherstellen, dass ihre Kinder zwei bis drei Jahre eine Schule besuchen können, um dann an einen nächsten Ort zu ziehen. Deshalb benötigen sie auch einen entsprechenden Lehrplan. Das ist an diesen internationalen Schulen auch der Fall. Heute gibt es mehrere Schulbusse, die hier im Kanton Luzern Kinder abholen und nach Zug oder gar nach Zürich an die internationale Schule fahren, weil es dieses Angebot bei uns nicht gibt. Deshalb ist es aus Sicht der Regierung wichtig, dass wir auch hier einen nächsten Schritt machen. Der Wirtschaftsförderung wird in Gesprächen mit Unternehmen immer wieder bestätigt, dass wir hier Nachholbedarf haben. Darum haben wir bei der Neuentwicklung der Standortförderung entsprechende Gelder eingestellt. Die Vernehmlassung dazu läuft und Sie werden sich sicher dazu äussern. Es soll keine Konkurrenz zu unseren sehr guten öffentlichen Schulen sein. Das ist wichtig. Es ist ein eigenes Segment für Familien mit Kindern, die immer wieder ihren Wohnort weltweit wechseln und ihren internationalen Lehrplan verfolgen müssen für die beste Zukunft ihrer Kinder. In diesem Sinn gilt es damit eine Lücke zu schliessen im Angebot des Standorts Luzern, um diesen attraktiv zu halten.